Pressespiegel = Reflets de presse

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **66 (1975)**

Heft 3

PDF erstellt am: **30.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Diverse Informationen – Informations diverses

Das 2. «Workshop Kernenergie» der RWE: Erfolgreicher Dialog mit kritischen Berichterstattern

Das grösste Elektrizitätsversorgungsunternehmen der Bundesrepublik Deutschland, die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE) mit Sitz in Essen, hat im November 1974 zum zweitenmal rund 50 kritische Berichterstatter von Presse, Radio und Fernsehen zu einem offenen Dialog über aktuelle Probleme der Elektrizitätswirtschaft eingeladen. Zu Beginn erklärte Günther Scheuten, Generalbevollmächtigter der RWE, es gehe darum, «heisse Eisen anzufassen», was denn auch mit erfrischender Offenheit getan wurde. Und obschon dabei öfters von «Hochspannung» die Rede war, so wurde doch die Atmosphäre nie gespannt. Einige spezialisierte Berichterstatter brillierten mit gründlicher Sachkenntnis, andere scheuten sich nicht, scheinbar «naive» Fragen zu stellen – aber alle bekamen stets sachliche, oft mit Humor gewürzte Auskünfte von den namhaften Exponenten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, die sich als Referenten für die dreitägige «Klausur» zur Verfügung gestellt hatten:

– Dr. W. J. Schmidt-Küster, Bundesministerium für Forschung und Technologie («Warum fördert die Bundesregierung die Entwicklung der Kernenergie?»)

– Prof. H. Wagner, Ministerium für Wirtschaft und Technik des Landes Hessen («Genehmigungsverfahren – Möglichkeiten einer Vereinfachung»)

– Prof. Dr. K. Aurand, Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene des Bundesgesundheitsamtes, Berlin («Radioaktive Emissionen in die Umwelt»)

– Dipl. Ing. Alfred Heller, Direktor, Elektrowatt Ingenieurunternehmung, Zürich («Kühltürme und Umweltschutz»)

– Prof. Dr. F. Mayinger, Technische Universität Hannover («Notkühlsysteme»)

– Dr. K. Kummerer, Kernforschungszentrum Karlsruhe («Plutonium, ein Kernbrennstoff der Zukunft – Eigenschaften, Anwendungen, Probleme»)

– Dipl. Ing. E. Albrecht, Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH, Wolfenbüttel («Wohin mit dem Atom-Müll?»)

– Prof. Dr. H. Mandel, Mitglied des Vorstandes der RWE («Wege zur Sicherung der Energieversorgung»)

– Prof. Dr. K. H. Beckurts, Kernforschungsanlage Jülich GmbH («Prozesswärme für neue Technologien»)

– Prof. Dr. L. Rausch, Zentrum für Radiologie der Universität Giessen («Kernkraftwerke aus der Sicht der Medizin»)

Die «graue Theorie» wurde ergänzt durch einen Besuch des Kernkraftwerkes Biblis, dessen Block A als erste Anlage der Grössenklasse 1300 MWe gerade im Übergang zum Vollastbetrieb stand und dessen Direktor, Dipl. Ing. Fred Meyer, auch «harte» Fragen über Bau- und Betriebsprobleme kollegial beantwortete.

Nach den reichbefrachteten Arbeitstagen fanden abends noch angeregte Gespräche in kleinen Gruppen statt, die nicht nur der «Fortsetzung der Information mit anderen Mitteln» dienten, sondern auch der Anknüpfung persönlicher Kontakte, die inskünftig den Kommunikationsfluss zwischen Stromproduzenten und -verbrauchern (bzw. den Berichterstattern als deren Vertretern) zweifellos noch verbessern werden. Die Formel des «Workshop», die schon im Vorjahr ihre Feuerprobe bestanden hatte, bewährte sich dank der umsichtigen Vorbereitung und Leitung durch den Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Informationswesen der RWE, H. L. Brandt, und seine Mitarbeiter neuerdings aufs beste.

Dem «Gasthörer» aus der Schweiz fiel auf, wie grosszügig und zielstrebig die Regierung der BRD die Energieforschung im allgemeinen und die Entwicklung von Hochtemperatur-Reaktoren und «Schnellen Brütern» im besonderen fördert, wie schwerfällig anderseits aber auch in der BRD das Genehmigungsverfahren ist. Die durch wissenschaftliche Skepsis geläuterte Zuversicht, mit der die Probleme der Notkühlsysteme, des Umgangs mit Plutonium und der Endlagerung von Atom-Müll dargestellt wurden, wirkte überzeugend. *Ch. Inwyler*

Pressespiegel – Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Et les services industriels?

Je voudrais suggérer une idée à propos d'une tradition à raviver. Dans notre bonne ville de Lausanne, nous avons des services très méritants. J'en citerai un: les Services industriels. Voilà un emploi qui mérite notre attention, et combien! Ces hommes nous assurent, 24 heures sur 24, l'électricité dont nous avons tous besoin. Combien de fois nous arrêtons-nous devant une fouille, où par n'importe quel temps ces braves tirent des câbles, posent des candélabres ou, perchés tout en haut dans la benne de leur gros engin, remettent en ordre les multiples fils électriques? Et la tournée journalière dans les innombrables rues grandes et petites, pour remplacer les lampes qui ne nous éclairent plus. Et le service de garde qui travaille la journée et le soir au lieu de rentrer et de s'installer confortablement dans un fauteuil. Essayez de les appeler de 18 h à 6 h du matin, si vous êtes en panne, et les voilà déjà prêts à se rendre à votre domicile pour vous remettre le courant ou pour rechercher la défectuosité qui vous en fait manquer. Toujours dans la rue et toujours en contact avec le courant, qu'il soit fort ou faible.

Ces braves messieurs n'en demandent sûrement pas tant. Ni de recevoir des caisses de bouteilles, des chocolats et autres friandises pour passer un réveillon soit de Noël ou de Nouvel-An.

Mais plutôt une bonne poignée de main (bien sincère) avec un grand merci de reconnaissance. *Une lectrice, Lausanne*

«24 heures», Lausanne, 22 décembre 1974

EG: Einigung für Energie-Sparprogramm

Brüssel. (ddp) Die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft (EG) haben sich auf ein Programm geeinigt, das der EG bis 1985 eine Energieeinsparung von 15 Prozent des ursprünglich vorgesehenen Verbrauchs ermöglichen soll. Aus Konferenzkreisen verlautete, das Programm bestehe aus 22 Posten, die die Industrie, das Verkehrswesen, den Verbrauch der Haushalte und die Elektrizitätswerke betreffen.

Die für Energiepolitik zuständigen Minister kamen ferner überein:

– Die Erdölkonzerne und die EG-Länder werden verpflichtet, der Kommission zu bestimmten Zeitpunkten ihr Erdölimport- und -exportvolumen mitzuteilen.

– Der Forschung über die Weiterverwertung von Plutonium wird ein Kredit von etwa 13 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

– Die Produzenten von Elektrizität werden verpflichtet, den Regierungen ihre Verträge über Erdgas-Lieferungen vorzulegen.

Mit der dritten Massnahme soll Erdgas in den Elektrizitätswerken eingespart werden. Ferner haben die Minister regelmässige Treffen zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Energiepolitik beschlossen.

Atomkraftwerke als neue Energieträger

(dpa) Den bedeutendsten Beitrag zur Umstellung auf neue Energieträger soll – darüber bestand in Brüssel Einigkeit – die Atomkraft leisten. Dennoch gab es Differenzen über das angestrebte Ziel: die EG-Kommission hatte für 1985 eine Stromerzeugung von 200 Gigawatt (200 Millionen Kilowatt) aus Kernenergie vorgeschlagen. Im Ministerrat machten aber besonders die Niederlande und Dänemark auf die Gefahren aufmerksam, die eine so gewaltige Ausweitung der neuen Technologie auf die Umwelt haben könne.

Ein weiterer wichtiger Punkt im gemeinschaftlichen Energieprogramm ist die Aufrechterhaltung der Kohleförderung, Westdeutschland und Grossbritannien, fordern den Einsatz von Gemeinschaftsmitteln für diesen Zweck.

«Die Ostschweiz», St. Gallen, 18. Dezember 1974

Strom ist gesund, bleibt immer frisch, und wird nie schimmelig!

Bemerkung des Sprechers der Südwestfunk-Sendung «Ruf Heidelberg», 1. November 1973

Hauptprobe für Energierationierung gefordert

Zürich (sda) Das offizielle Organ des Schweizerischen Baumeisterverbandes fordert eine Hauptprobe für die Stromrationierung. Diese müsste nicht länger als eine Woche dauern und aufzeigen, ob das aufgrund des von den eidgenössischen Räten verabschiedeten Bundesbeschlusses vorgesehene Rationierungsinstrumentarium wirksam sei oder nicht. Eine derartige Hauptprobe à la Zivilschutzübung würde zudem dem Bürger die Augen öffnen, dass es eine dringende Notwendigkeit sei, die Stromerzeugung zu steigern.

«Der Landbote», Winterthur, 16. Dezember 1974

Schweizer sparen ungern

Interessanter Fernseh-Stromverbrauchstest

ee. Die Innerschweizer sind keine grossen Stromsparer. Dieser Beweis wurde am Wochenende im Rahmen der Sendung «Tip» am Fernsehen erbracht, die in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz ausgestrahlt wurde. Dabei schnitten die Schweizer am schlechtesten ab. Alle Fernsehzuschauer waren aufgefordert worden, ihren Energieverbrauch nach Möglichkeit zu drosseln. Für die Schweiz galt das Gebiet der Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW) als Testregion. Um 20.45 Uhr hatte sich in München bereits eine Reduktion von 5 Prozent ergeben. In Oberösterreich betrug sie 10 Prozent und in der Innerschweiz nur 3,5 Prozent. Um 21.30 Uhr wurde eine zweite Kontrolle des Stromverbrauchs durchgeführt. Sie ergab für Oberösterreich Einsparungen von 13 Prozent, für München von 8,5 Prozent und für die Schweiz von nur 5 Prozent.

«Berner Tagblatt», Bern, 23. Dezember 1974

Les Suisses n'aiment pas économiser l'énergie électrique

D'un correspondant:

Plusieurs millions de téléspectateurs allemands, suisses et autrichiens ont appris samedi soir que les Suisses ne veulent pas économiser l'énergie électrique. Dans le cadre d'une émission télévisée, transmise dans les trois pays, les habitants de Munich, de Linz et des environs et de Suisse centrale ont été priés d'économiser de l'énergie électrique pendant 90 minutes. Des candidates des trois pays lancèrent un appel à leurs compatriotes. Dans les centrales électriques fut alors procédé à un contrôle. Après 30 minutes, la consommation d'énergie électrique avait diminué de 10 % en Autriche, de 5 % à Munich et de 3,5 % en Suisse. Lors du second contrôle officiel – après 75 minutes d'émission –, les valeurs suivantes étaient enregistrées: diminution de 13 % en Autriche, de 8,5 % à Munich et de 5 % seulement en Suisse. Gageons que ces chiffres intéresseront surtout les membres du Conseil fédéral. *«Fan-L'Express», Neuchâtel, 23 décembre 1974*

Die «stromfressenden» ... Hausfrauen

Keine Woche vergeht, in der nicht die stromverbrauchenden Hausfrauen in Zeitungsartikeln grossen Stils auf Sparflamme gesetzt respektive ihre haushalthelfenden Geräteschaften auf das Zuviel an Stromverbrauch angepeilt werden. Könnte man mit Worten heizen, würden Tumbler, Kaffeemaschinen, Tiefkühltruhen und Geschirrspüler dank soviel druckfertiger Energie längst ohne den verflixten Pfuus heisslaufen. Strom-Weltverbesserer erteilen Ratschläge, die darauf abzielen, den Geschirrspüler (der ja kaum jeder Familienmahlzeit wegen in Betrieb gesetzt wird) ebenso aus dem Hausfrauendasein zu verbannen wie den Tumbler. Wäsche soll wieder lustig im Wind (und in winzigen Waschküchen) flattern.

Es lässt sich nicht leugnen, dass weltweit die natürlichen Ressourcen – auch jene der Energie – knapper werden und man sich Neues einfallen lassen muss. Ebenso wenig besteht Zweifel darüber, dass man mit dem, was man hat, also auch mit dem elektrischen Strom haushälterisch umgehen soll. Auch Hausfrauen sehen ein, dass es wenig sinnvoll ist, für einen Drei-Personenhaushalt beispielsweise ein elektrisches Messer zu kaufen, solange die Küchenmesser nicht stumpf wie Besenstiele aus der Fabrikation kommen. Ein bisschen wunderlich ist's nur, dass die Quellen des Einfallsreichtums, wo Strom gespart werden könnte, nur im Bereich des Haushaltes fliessen. Welchem Wetterer wider die «Stromfresser im Haushalt» würde es einfallen, anstelle der elektrischen Schreibmaschinen in all den vielen Büros wieder den kräftigen «Handbehau» zu empfehlen? Vom Farbfernseher über die industrielle Steuerungsanlage bis hin zur effektvollen Strassen- und Fassadenbeleuchtung «fressen» sie alle Strom, mehr oder weniger, je nach dem. Elektrisch funktionieren die Spielzeugeisenbahnen und die SBB, der Fahrstuhl, die Rolltreppe und die Gegensprechanlage, der Computer und der Rollladen ... elektrisch ohne Widerrede, weil man nirgends das Rad der Zeit so gut zurückdrehen kann wie scheinbar ... im Haushalt.

Annemarie

«Zuger Nachrichten», Zug, 18. Dezember 1974

Kritisches Mosaik

Über die *Sicherheit von Kernkraftwerken* fand unlängst in Zürich eine zweitägige Informationstagung statt. Sicher: sie war organisiert von der Schweizerischen Vereinigung *für* Atomenergie, also von einem Kreis, über dessen positive Einstellung zu dieser Energieform kein Zweifel besteht. Die Referenten aber – ernsthafte Ingenieure und Wissenschafter, unabhängige Leute auch von Universitäten und Forschungslaboratorien – bürgten für Verantwortung und Tiefgang. Der neueste Stand der strahlenbiologischen Erkenntnisse wurde dargelegt, von bisherigen Betriebserfahrungen mit Kraftwerken war die Rede, wichtige Vorkommnisse und Pannen wurden offen analysiert, Notkühlprobleme angegangen, die Auswirkungen möglicher Störfälle wie Erdbeben, Hochwasser, Sabotage, Explosionen, Flugzeugabstürze, kriegerische Ereignisse und so weiter besprochen; man ging der Frage nach, warum man Kernkraftwerke nicht unterirdisch in Kavernen verlegt, und man erörterte, wie das Problem der radioaktiven Abfälle zu bewältigen sei. – Der Vorwurf, es mangle an Informationsbereitschaft, lässt sich im Ernst nicht mehr erheben; wohl sämtliche heute von Gegnern immer wieder aufgegriffenen Fragen kamen aufs Tapet. Aber – und das war die grosse Enttäuschung: die Gegner selbst fehlten an dieser Informationstagung, obwohl einige ihrer prominentesten Vertreter nachgewiesenermassen Kenntnis von der Veranstaltung hatten, ja sogar eingeladen waren. Wo liegen die Gründe für diese schwer

begreifbare Abwesenheit? Eine harte Frage drängt sich unwillkürlich auf: Scheuen die Gegner die Auseinandersetzung, sobald sie aus dem Bereich der Emotionen, der Spruchbänder und Demonstrationen herausgenommen und auf eine wissenschaftliche Basis gestellt wird?

«Der Schweizerische Beobachter», Glattbrugg, 15. Januar 1975

Nachbargemeinden Kernkraftwerk Inwil

PM. Die Bevölkerung der umliegenden Gemeinden des in Aussicht genommenen Standortes des Kernkraftwerkes Inwil lässt die entscheidenden Fragen und Probleme nicht stillschweigend auf sich zukommen. Der Gemeinderat von Gisikon hat das Postulat der betroffenen Bevölkerung auf eine neutrale Vertretung gegenüber den zuständigen Körperschaften und Instanzen sowie auf eine sachliche Orientierung über den Problemkreis des geplanten Kernkraftwerkes erkannt und mit den Nachbargemeinden Dietwil, Honau und Root ein «Komitee Nachbargemeinden» gegründet.

Die erste, konstituierende Komiteesitzung fand Anfang April, die zweite Veranstaltung bereits Anfang Mai 1974 statt. Die vier vertretenen Gemeinden sind im Komitee mit insgesamt 19 Delegierten, mehrheitlich Gemeinderäten, vertreten. Das Komitee setzte an seiner ersten Zusammenkunft folgende Ziele:

- Einnahme eines objektiven Standpunktes gegenüber dem geplanten Kernkraftwerk Inwil
- Sachliche Orientierung der Bevölkerung
- Wahrung der betroffenen Gemeindeinteressen
- Ermittlung von möglichen Immissionen und Einwirkungen auf die Umwelt
- Eruierung möglicher finanzieller Entschädigungen zugunsten der direkt betroffenen Nachbargemeinden.

Das Komitee legt Wert auf die Feststellung, gegenüber der Gemeinde Inwil nicht als Gegenpartei oder Opposition aufzutreten. Vielmehr sind sich die im Komitee vertretenen Gemeinden bewusst, dass die Standortgemeinde durch die im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk auf sie zukommenden, vielfältigen Aufgaben nicht auch die Interessen von Nachbargemeinden vertreten kann. Dazu beweisen die Zusammenschlüsse von Nachbargemeinden um bestehende Kernkraftwerke die Notwendigkeit dieser Institution.

Das Komitee, dessen Präsidium in Gisikon domiziliert ist, macht es sich zur Aufgabe, sämtliche erforderlichen Abklärungen zu treffen und die Bevölkerung zu orientieren. Es appelliert gleichzeitig an das objektive Urteilsvermögen sämtlicher Interessenkreise, Extremismus zu vermeiden und nicht das Wohl oder Unwohl des Einzelnen, sondern dasjenige der Allgemeinheit zu vertreten. *«Vaterland», Luzern, 16. November 1974*

FdP-Postulate zur Energiepolitik

Der Ständige Ausschuss für Energiepolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz, welcher sich laufend mit den Problemen der Energiewirtschaft auseinandersetzt, hat nach eingehenden Beratungen zur energiepolitischen Lage in der Schweiz Postulate verabschiedet, welche von der Parteileitung der FdP gutgeheissen worden sind. Die energiepolitische Stellungnahme der FdP hat folgenden Wortlaut:

Wo stehen wir heute?

Auf der Produktion von genügend Energie beruhen unsere technische Zivilisation, unser Wohlstand, unser Lebenskomfort. Nur wer bereit ist, mindestens teilweise darauf zu verzichten, darf verlangen, dass die Energiebeschaffung gedrosselt werde. Die Energiepolitik ist kein Instrument der Wirtschaftssteuerung. Bis heute hat die schweizerische Energiewirtschaft – teils privat-, teils gemischt-, teils öffentlich-wirtschaftlich organisiert – unseren rasch steigenden Energiebedarf zu günstigen Preisen und mit hoher Versorgungssicherheit gedeckt. Aber 80 Prozent des gesamten Energieverbrauchs werden heute aus Erdöl bestritten, das zur Hauptsache aus dem Mittleren Osten und aus Nordafrika stammt.

Was drohen für Gefahren?

Bedenklich ist unsere einseitige Abhängigkeit von den arabischen Produktionsländern; sie kann politisch missbraucht werden und uns vielleicht sogar eines Tages vor die Alternative stellen, entweder Einbrüche in unsere Neutralität, in unseren Rechtsstaat, in unsere Unabhängigkeit zu dulden, oder aber die Lähmung von Wirtschaft und Verkehr in Kauf zu nehmen, das heisst praktisch zu hungern und zu frieren.

Vor allem wegen seiner Vorrangstellung belastet heute das Erdöl weitaus am schwersten die Umwelt, wobei das stark schwefelhaltige Nahostöl besonders ins Gewicht fällt.

Die Erdölpreise zeigen langfristig steigende Tendenz, unterliegen unberechenbaren Schwankungen vor allem in Krisenlagen, in denen sie plötzlich bis auf das Mehrfache anwachsen, und heizen damit die ohnehin viel zu grosse Teuerung zusätzlich an. Mit der billigen Energie ist es nicht nur beim Erdöl, sondern ganz allgemein endgültig vorbei, selbst wenn keine wettbewerbsverzerrenden Staatseingriffe die Preise noch mehr in die Höhe treiben.

Was wollen wir erreichen?

Eine Energiewirtschaft, die nicht als Instrument der Wirtschaftssteuerung missbraucht werden darf; eine zuverlässig funktionierende, umweltgerechte, genügende und möglichst preisgünstige Energieversorgung sicherstellen; die einseitige Abhängigkeit vom Erdöl abbauen, auch wenn wir weiterhin auf sämtliche Energieträger angewiesen bleiben; durch die Produktion, die Lagerung, den Transport und den Verbrauch von Energie unsere Umwelt so wenig wie möglich belasten; die Energienachfrage dämpfen, soweit das mit unserer Wohlfahrt vereinbar ist, das heisst die Energie rationeller verwenden und Schluss machen mit der Verschwendung.

Was ist überhaupt möglich?

Vor Illusionen ist zu warnen! Für einen wirksamen Abbau der Erdölabhängigkeit braucht es Jahrzehnte; kurzfristig ist er auch mit gewaltigen Anstrengungen nur in bescheidenem Masse erreichbar. Die wirtschaftliche Ausnützung neuer Energieformen – wie Sonnen- oder Erdwärme oder Wind – in grossem Maßstab liegt bestenfalls noch in weiter Ferne. Ähnliches gilt für elektrisch angetriebene Autos. Dagegen können neue Kernkraftwerktypen wie Hochtemperaturreaktoren oder sogenannte schnelle Brüter mit besserem Wirkungsgrad und höherer Brennstoffausnützung sowie verwertbarer Abwärme vielleicht schon recht bald gebaut werden; im Ausland sind Prototypen in Betrieb. Ein Ersatz des Erdöls für Raumheizungszwecke durch Kernenergie ist namentlich in Ballungszentren in 20 bis 30 Jahren möglich.

Die Angst vor Kernkraftwerken ist unbegründet. Seit es solche gibt (1956), ist in Hunderten von ihnen auf der ganzen Welt noch kein einziges Menschenleben Strahlenschäden zum Opfer gefallen; die zusätzliche Strahlenbelastung macht nur einen Bruchteil der Unterschiede der natürlichen aus. Sogar im Katastrophen- und Kriegsfall sind die Gefahren der Kernkraftwerke nicht grösser als jene vergleichbarer Anlagen.

Was müssen wir tun?

Energiebeschaffung und -verteilung: Die internationale Solidarität auf dem Gebiet der Energieversorgung unterstützen, insbesondere in den Bereichen der Vorsorge, der Vorratshaltung, der Forschung und Diversifikation; mit der Energie, insbesondere mit Erdöl, haushälterisch umgehen, um die Zahlungsbilanz unseres Landes nicht zusätzlich mit unnötigen Ausgaben zu belasten; soviel wie möglich erdölunabhängige Energie beschaffen, also mehr Kernkraftwerke errichten; als nötige Voraussetzung für den späteren Einsatz ihrer Abwärme die Fernheiznetze in den Städten ausbauen; bei Grossüberbauungen zentrale Heizanlagen vorschreiben (sie sind auch wirtschaftlich und umweltfreundlich!); zur Veredelung der Kernenergie (Umlagerung auf Zeiten hohen Verbrauchs) Pumpspeicherwerke bauen; mehr Erdgas einführen, wobei auf möglichst viele Bezugsquellen zu achten ist; eine möglichst breite Streuung der Erdölbezüge anstreben, um die einseitige Abhängigkeit von den arabischen Staaten zu vermindern. Das gleiche gilt auch für andere Energieträger wie

Uran und Erdgas; grosse Pflichtlager und Vorräte sicher und umweltgerecht anlegen, zum Beispiel in Untertagesspeichern; Leitungsstrassen für Energietransport freihalten, die den Erfordernissen der Raumplanung und des Landschaftsschutzes entsprechen; den Leistungswettbewerb nicht durch Subventionen verfälschen. Produktion und Verteilung von Energie sollen selbsttragend sein. Die Marktwirtschaft arbeitet am rationellsten; Forschung und Entwicklung auf dem Gebiete der Energie national und international fördern; die Suche nach Erdöl und Erdgas in der Schweiz intensivieren; die Raffineriekapazitäten in der Schweiz erhöhen.

Umweltschutz: Die Kosten von Massnahmen, welche dem Schutz der Umwelt gegen schädliche Einflüsse der Energiebeschaffung und -verteilung dienen, dem Verursacher überbinden; zehn Prozent Heizöl sparen mit Vorschriften über die wirksame Rauchgasreinigung von Grossanlagen und die richtige Einstellung sämtlicher Ölheizungen sowie deren strenge Kontrolle, womit bei den letzteren die schädlichen Abgase vermindert werden; bei Kernkraftwerken und Pumpspeicherwerken den Eingriff ins Landschaftsbild und die übrigen Einwirkungen auf die Umwelt so gering wie möglich halten, insbesondere durch geeignete Standortwahl.

Kampf gegen die Verschwendung: Jedem Schweizer muss klarwerden: Wer Energie verschwendet, schadet der Heimat. 80 Prozent unserer Energie erzeugen Wärme, nur 0,2 Prozent Licht; also weniger stark heizen! 18 Grad Raumtemperatur benötigen rund 30 % weniger Energie als 24 Grad und sind nach dem Urteil der Ärzte erst noch gesünder; auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene strenge Vorschriften über die Wärmeisolation beim Bauen erlassen; diese macht sich in wenigen Jahren bezahlt und schützt erst noch besser gegen Lärm. Glaspaläste hingegen geben viel zu viel Wärme ab; den öffentlichen Verkehr fördern; er braucht für dieselbe Transportleistung lediglich einen Bruchteil der Energie, die der private Verkehr braucht; Treibstoff sparen durch Geschwindigkeitsbegrenzung.

Nur wenn wir alle umdenken lernen und diese Forderungen auf der ganzen Linie erfüllen, können wir unsere Energieprobleme lösen! *«Der Landbote», Winterthur, 27. Dezember 1974*

Bundesgericht bewilligt Pfannenstiel-Freileitung

Die Beschwerden von Grundeigentümern, die sich gegen die Enteignung eines Durchleitungsrechts für eine Hochspannungs-Freileitung in der Pfannenstielgegend zur Wehr gesetzt hatten, sind vom Bundesgericht abgewiesen worden. Die Leitung soll von Mittlisberg, wo sie von der Hochspannungsleitung Aathal – Herrliberg abzweigen wird, zum Unterwerk Langholz bei Stäfa führen. Entgegen der Meinung der Beschwerdeführer steht das Raumplanungsrecht des Bundesbeschlusses vom 17. März 1972 dieser Freileitung nicht entgegen, da Artikel 4 Absatz 4 dieses Beschlusses die *Spezialgesetzgebung des Bundes* vorbehält. Diese ermöglicht indessen die Errichtung solcher Leitungen.

Eine weitere Frage, welche von den Beschwerdeführern aufgeworfen worden war, war jene nach einer allfälligen *Rechtsungleichheit,* da die Leitung auf dem Gebiet der Gemeinde Stäfa unterirdisch zu verkabeln ist, anderswo aber am Masten geführt werden soll. Das Bundesgericht fand jedoch, dass diese ungleiche Behandlung auch mit ungleichen tatsächlichen Verhältnissen zusammenhängt. Die Verkabelung wird angesichts der sonst entstehenden Häufung von Masten und Leitungsdrähten im Bereiche des Unterwerks angeordnet, eine Situation, die sich anders darbietet als jene, wo eine vereinzelte Leitung die Landschaft durchzieht. Das Bundesgericht pflegt in seiner Rechtsprechung sowohl die Interessen des Landschaftsschutzes als auch jene der Energieversorgung abzuwägen. Dabei spielt eine Rolle, dass Hochspannungsverkabelungen nicht nur sehr teuer, sondern technisch problematisch und störungsanfällig sind.

«Zürichsee-Zeitung», Stäfa, 9. Dezember 1974

Frankreich: Werbung für Energieverbrauch wird verboten

Mit einem soeben im französischen Staatsanzeiger erschienenen Dekret wird jede Werbung für den Energieverbrauch (Heizöl, Gas, Kohle, Strom) und für den Kauf von beweglichen Zusatzheizgeräten bis zum 31. Dezember 1976 verboten. Ein weiteres Dekret untersagt ferner jeden Energieverbrauch für Aussenbeleuchtung von beruflich genutzten Räumlichkeiten (Büros, Geschäfte usw.) ausserhalb der Geschäftszeiten. Nach 22 Uhr sind Leuchtreklame, Schaufensterbeleuchtung, Beleuchtung von Hausfassaden usw. verboten. Das nächtliche Beleuchtungsverbot gilt bis 7 Uhr morgens. Lediglich über die Weihnachtsfeiertage und Neujahr wurde das letztgenannte Verbot aufgehoben. Mit diesen Verboten wurden bereits früher erlassene Bestimmungen zur Energieeinsparung in einen gesetzlichen Rahmen gestellt. *H. A.*

«Finanz und Wirtschaft», Zürich, 4. Januar 1975

Am Donnerstagmorgen liefen mehrere Millionen Liter Schweröl aus den Anlagen der Mitsubishi Ölgesellschaft in den Hafen von Kurashiki. Einmal mehr wird damit die Öffentlichkeit auf eine Gefahr aufmerksam gemacht, die, sehr viel realer als die Strahlungsgefahr von Kernkraftwerken, unsere Umwelt bedroht. Seltsam, dass die Ölpest ohne viel Murren zur Kenntnis genommen wird, obschon sie sehr oft konkret in Erscheinung getreten ist. Man erinnert sich vielleicht an den Fall der «Torrey Canyon», die 1967 in einem Sturm vor der englischen Küste auseinanderbrach, worauf das Öl Dutzende von Kilometern englischen Strandes mit einer Ölschicht überzog. Dass der 200 000-Tonnen-Tanker «Metula» vor kurzem in der Strasse von Magellan an der Südspitze Südamerikas auf Grund lief und mit 50 000 Tonnen Öl die chilenische Küste verschmutzte, ist hingegen, nach zahlreichen ähnlichen Tankerunfällen, kaum mehr als eine Kurzmeldung wert gewesen. Dabei ist Öl für alle Lebensformen im Meer schädlich, und der Unfall eines der modernen 500 000-Tonnen-Supertanker an einer kritischen Stelle kann das Leben ganzer Meeresregionen für Jahre hinaus vernichten. Der amerikanische Kongress hat nun ein Gesetz über Sicherheitsvorschriften auf jenen Tankern vorbereitet, die amerikanische Gewässer befahren. In der Erkenntnis, dass sich die politischen Behörden allzuleicht durch Ölinteressenten unter Druck setzen lassen, ist die Überwachung aus der Kompetenz des Innenministeriums genommen und in jene der Küstenwache gegeben worden.

«Die Tat», Zürich, 20. Dezember 1974
Rubrik: Wir greifen heraus

Production d'électricité:
L'atome moins dangereux que le charbon?

Les éventuels dangers inhérents aux centrales nucléaires, l'opportunité de leur construction restent matière à controverses passionnées. Et il faut admettre que les personnes les mieux informées et les plus enclines à l'objectivité ont elles-mêmes de la peine à se former une opinion.

Dans ce contexte incertain, il est intéressant de connaître les résultats de l'étude (publiée dans la revue «Nature») qu'a consacrée un médecin californien, L. A. Sagan, aux «coûts sociaux» de la production d'électricité au moyen des classiques usines thermiques (fuel ou charbon), comparés à ceux d'une production équivalente par les centrales nucléaires. Certes, il s'agit dans les deux cas d'une estimation grossière, mais le médecin américain a le mérite de mettre en lumière un point trop souvent négligé dans l'estimation de coûts de la production: l'effet sur la santé des travailleurs, ainsi que les préjudices causés à l'environnement.

L'auteur fait notamment entrer dans son calcul, en plus de ce qu'on peut attribuer au fonctionnement des centrales elles-mêmes, tous les frais sociaux imputables à la recherche du combustible, à son acheminement vers le lieu d'utilisation ou à la pollution atmosphérique qu'entraîne sa combustion. Ce coût inclut par exemple le manque à gagner résultant des accidents de travail, les frais médicaux et les pertes en vie humaine qu'ils entraînent. Une vie humaine que est estimée, sur la base de sa productivité, et en faisant abstraction de la valeur morale qu'on peut y attacher, à un million de francs.

Des «mangeuses d'hommes»

Or, les mines de charbon qui assurent l'approvisionnement des centrales thermiques sont d'effroyables «mangeuses d'hommes»: elles causent plus de 200 décès par année aux Etats-Unis, ce qui en fait l'activité industrielle de loin la plus dangereuse.

Les malades pulmonaires, d'autre part, y sont presque la règle, et il est affligeant de constater que des méthodes de protection qui seraient déjà rentables d'un strict point de vue économique ne sont pas encore appliquées.

En revanche, on est curieux d'apprendre que les pertes humaines imputables à la pollution de l'air par les usines thermiques ne justifient guère les coûteux systèmes d'épuration de l'anhydride sulfureux qui sont souvent utilisés, et qui seraient avantageusement remplacés dans bien des cas par des cheminées suffisamment hautes ...

Uranium: le danger à long terme

Quoi qu'il en soit, le résultat de cette étude, basée sur l'état actuel des faits, est assez surprenant bien que confirmé par d'autres travaux: les accidents dans les mines, ainsi que ceux dus au transport du charbon, font que la production d'énergie électrique par le procédé classique serait cinq fois plus dangereuse que celle qui s'appuie sur l'atome. Même le risque d'accident grave, comme l'explosion d'une centrale, serait plus faible pour les centrales atomiques! Il est vrai – mais Sagan, ici, n'en parle pas – que le risque inhérent à l'extraction d'un minerai radioactif comme l'uranium, ou à son retraitement, n'est guère chiffrable (donc comparable) puisqu'il s'agit d'un danger à long terme affectant éventuellement la progéniture du travailleur «nucléaire».

A une époque où la consommation d'électricité croît encore beaucoup plus vite que celle de l'énergie en général (jusqu'à maintenant elle doublait tous les sept ans aux Etats-Unis!), cette comparaison présente un intérêt certain dans un débat qui n'est pas prêt de s'éteindre, et dans lequel cette étude ne constitue certainement pas le dernier mot. *G. E.*

«24 heures», Lausanne, 2 décembre 1974

Zürcher Anti-Atom-Initiative gestartet

wsr. Am Donnerstagabend stellte in Zürich ein in Wetzikon domiliziertes «Zürcher Initiativkomitee zum Schutz vor Atomkraftwerken» den Wortlaut eines Initiativbegehrens für ein Gesetz zum Schutz vor Atomkraftwerken der Presse vor. Die Unterschriftensammlung soll demnächst gestartet werden. Ähnliche Vorstösse, die schliesslich zu einem Gesetz auf Bundesebene führen sollen, sind in mehreren Kantonen bereits im Gang.

«Tages-Anzeiger», Zürich, 13. Dezember 1974

«Kernspaltung» bei den Atomkraftwerk-Gegnern

(SDA) Das Zürcher Initiativkomitee gegen Atomkraftwerke hat mit knappem Mehr beschlossen, fünf seiner Mitglieder auszuschliessen; ein weiteres ist daraufhin ausgetreten.

Wie aus Kreisen der Ausgeschiedenen dazu verlautet, verlangte die Mehrheit von der Minderheit, sich jedes gesellschaftspolitischen Engagements zu enthalten und sich von jeder Linkspartei und insbesondere von der kürzlich von den progressiven Organisationen eingereichten Initiative gegen Atomkraftwerke im Kanton St. Gallen zu distanzieren. Dazu konnten sich die Ausgeschiedenen nicht bereit erklären, da ihrer Meinung nach Energieprobleme nie nur ökologische, sondern immer auch gesellschaftspolitische Fragen in sich schliessen.

Trotz dieser Spaltung unterstützen die Ausgeschiedenen weiterhin vorbehaltlos das Begehren der Initiative, wonach sich der Kanton Zürich mit allen rechtlichen und politischen Mitteln gegen den Bau von Atomanlagen einsetzen soll.

«Tages-Anzeiger», Zürich, 25. Januar 1975

Neue Impulse für die amerikanische Energieforschung

Die ERDA als Nachfolgerin der Atomenergiekommission

scr. Am Montag hat in Washington die neu gebildete Behörde für Energieforschung und -entwicklung, die *Energy Research and Development Administration* (ERDA), offiziell ihre Tätigkeit aufgenommen. Auf Grund eines Erlasses, den Präsident Gerald Ford im vergangenen Oktober unterzeichnet hat, ist sie berufen, bei der Vorbereitung und Durchführung des ambitiösen Fünfjahrplanes zur Erforschung und Erschliessung aller zur Nutzung in Frage kommenden Energiequellen, für den mit einem Kostenaufwand von mindestens *10 Milliarden Dollar* gerechnet wird, eine führende Rolle zu spielen. Den Hauptharst ihrer vorerst rund 7000 vorwiegend wissenschaftlichen Mitarbeiter übernimmt die ERDA von der Atomenergiekommission (AEC) die nun aufgelöst wird. Die für die Bewilligung und die Kontrolle der atomaren Anlagen zuständige Abteilung der AEC wird als *Nuclear Regulatory Commission* (NCR) verselbständigt. Die neue Regelung trägt der Notwendigkeit Rechnung, die Forschung künftig vermehrt auf *sämtliche* nutzbare Energiequellen auszudehnen, und wird gleichzeitig der im Kongress und in der Öffentlichkeit immer wieder erhobenen Forderung gerecht, die Stellen, welche die Förderung der Kernenergie betreiben, von den für Sicherheit atomarer Anlagen verantwortlichen Kontrollorganen zu trennen.

Breit aufgefächerte Energieforschung

Die ERDA wird von *Robert Seamans,* einem früheren Luftwaffensekretär und hohen Beamten der Luft- und Raumfahrtadministration, geleitet. Sie führt zunächst, wenn man von den abgetrennten Bewilligungs- und Kontrollfunktionen absieht, in vollem Umfang die bisher von der AEC geleistete Arbeit weiter. Diese umfasst insbesondere die Produktion spaltbaren Materials, die Entwicklung neuer Reaktortypen, die militärische Anwendung der Kernenergie, die physikalische, biomedizinische und umweltbezogene Forschung sowie die Forschung im Bereich der kontrollierten Kernfusion und der nichtnuklearen Energie. In die neue Behörde werden zusätzlich verschiedene Forschungsinstitutionen integriert, die bisher dem Innenministerium, dem Nationalen Wissenschaftsfonds und der Umweltschutzbehörde unterstanden. Im Fiskaljahr 1975 stehen für die Tätigkeit der ERDA, ohne Berücksichtigung der Aufwendungen für ihre militärischen Funktionen, *2,65 Milliarden Dollar* zur Verfügung.

Der breit aufgefächerte Aufgabenbereich der ERDA spiegelt sich in deren Struktur. Es wurden sechs Posten für stellvertretende Administratoren geschaffen, von denen jeder für einen der folgenden Forschungs- und Entwicklungsbereiche verantwortlich ist:

Entwicklung neuer und verbesserter Technologien im Bereich der *fossilen Brennstoffe* (insbesondere Gewinnung flüssiger und gasförmiger Brennstoffe aus Kohle, Ausbeutung von Ölschiefer);

Kernenergie (insbesondere Reaktortechnik einschliesslich der Sicherheitsaspekte, Schiffsantriebe, Kernfusion);

Umwelt und Sicherheit (insbesondere Biomedizin, Umweltforschung, Abfallprobleme, Transporte, operationelle Sicherheitsprogramme);

Sparmassnahmen (insbesondere Fahrzeugantriebe, Endverbrauchtechnologie, Verbesserung des Wirkungsgrades);

Nutzung der Sonnenenergie, der Erdwärme und weitere *fortgeschrittene Energiesysteme;*

nationale Sicherheit (insbesondere die Verantwortung für die Entwicklung und Produktion von Kernwaffen, für die Produktion der erforderlichen Materialien sowie für die Aufsicht über die Herstellung von Komponenten und Systemen).

Eine unabhängige Kontrollbehörde

Die Nuclear Regulatory Commission ist einem AEC-Commissioner, dem ehemaligen Astronauten *William Anders,* unterstellt worden. Mit einem Personalbestand von rund *1900 Mitarbeitern* wird sie sich ausschliesslich mit der Kontrolle sämtlicher mit Kernenergie verbundenen Tätigkeit befassen. Sie ist in drei Abteilungen gegliedert, von denen die erste für die Erteilung der Bewilligungen zum Bau ziviler Kernreaktoren und deren Überwachung im Betrieb verantwortlich ist. Die zweite übt die Kontrolle aus über alle übrigen atomaren Anlagen sowie über die Herstellung und den Transport nuklearen Materials, während die dritte mit der Forschung in allen für die Sicherheit atomarer Anlagen relevanten Fragen betraut wird. Die Zusammenarbeit mit der ERDA soll Gewähr dafür bieten, dass deren viel grösseres Forschungspotential gegebenenfalls für die NRC genutzt werden kann.

Die Aufteilung der AEC in zwei unabhängige Körperschaften scheint vor allem in personeller Hinsicht nicht ohne Friktionen vor sich zu gehen, und es dürfte einige Zeit dauern, bis sich sowohl die ERDA wie auch die NRC eingespielt haben werden. Ob die Trennung so zweckmässig ist, wie sich das manche bishe-

rige Kritiker der AEC versprechen, wird da und dort bezweifelt. So ist beispielsweise *Ralph Lapp,* ein prominenter und unabhängiger Kernenergie-Spezialist, der Ansicht, dass sich die Aufsplitterung in eine Forschungs- und eine Kontrollbehörde für die Verbesserung der Sicherheit eher negativ auswirken werde.

«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 21. Januar 1975

Keine Diktatur des Bundes

Oder: Warum haben wir nichts zum Bau von Kernkraftwerken zu sagen?

Diese Frage stellen sich zurzeit besorgte Bewohner dieser Region. Widerläuft die Art und Weise, wie Kernkraftwerke gebaut werden, den demokratischen Spielregeln? Um eine Antwort auf diese Frage zu erhalten, müssen wir vorerst die Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Schweiz etwas zurückverfolgen.

Für unser Land gewann diese neue Technik erst in den fünfziger Jahren an Bedeutung. Als 1955 an der ersten Genfer Atomkonferenz die friedliche Anwendung der Kernenergie aus dem Geheimbereich der militärischen Nutzung heraustrat und im selben Zeitraum die Reaktor AG gegründet wurde, mussten auch entsprechende Gesetze zum Schutze vor radioaktiven Stoffen geschaffen werden. Man war sich jedoch einig, dass diese Aufgabe nur auf Bundesebene zu lösen war. Dafür wurde ein entsprechender Verfassungsartikel ausgearbeitet, der am 24. November 1957 dem Volke vorgelegt wurde und folgenden Wortlaut enthielt:

1. Die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Atomenergie ist Bundessache.

2. Der Bund erlässt Vorschriften über den Schutz vor den Gefahren ionisierender Strahlen.

Mit 491 745 Ja zu 144 151 Nein erhielt damals der Bundesrat den Auftrag, entsprechende Gesetze zu erlassen. Dies geschah zunächst durch das Atomgesetz vom 23. Dezember 1959 und später durch die Strahlenschutzverordnung vom 19. April 1963.

Verfassungsmässig ist also nur der Bund zuständig in Kernenergiefragen. Dieser Zustand ist durch einen Volksentscheid zustande gekommen, von einer Diktatur seitens des Bundes kann also keine Rede sein. Dem wird vielleicht entgegengehalten, dass der Bürger sich in jener Abstimmung über die Auswirkungen dieses Gesetzes gar nicht bewusst war. Man kann sich aber auch fragen, wohin es führen würde, wenn jeder Kanton, jede Region oder Gemeinde in dieser Angelegenheit selbst «wursteln» würde. Der politische Grundsatzentscheid aus dem Jahre 1957 war sicherlich eine richtige Weichenstellung. Es liegt an allen Bürgerinnen und Bürgern, den Bundesrat in seiner schweren Arbeit auch einmal positiv zu unterstützen, anstatt nur mit Kritik, die oft nur Tagträumereien beinhalten, zu belasten. *SR*

«Rheinfelder Volksstimme», Rheinfelden, 8. Januar 1975

Que peut-on encore faire pour cinq centimes d'électricité?

Moins les gens dépensent d'énergie, plus ils en consomment! Cet aphorisme définit assez bien une certaine forme de paresse – avant tout physique – qui nous pousse à demander à des appareils de faire ce que nous ne voulons plus faire.

Mais ces appareils, ils consomment aussi de l'énergie, qu'il faut leur procurer. Et cette énergie risque un jour de devenir insuffisante. En attendant ce jour où il nous faudra peut-être réapprendre à utiliser nos muscles, nous avons demandé à des techniciens de nous dire ce qu'on peut encore faire, aujourd'hui, à Genève, avec de l'électricité pour la valeur d'un sou.

Les techniciens se sont mis à la tâche avec enthousiasme. Ils ne se sont pas contentés de calculer, mais ils ont expérimenté. Et les résultats obtenus sont étonnants. Nous allons tous vous les livrer.

Madame, pour un sou, cinq centimes helvétiques d'aujourd'hui, même si on vous dit que ce n'est plus grand-chose, vous pouvez encore porter à ébullition 3 litres d'eau, prise au robinet (14 degrés) dans une casserole froide, et posée sur la plaque froide. Cela fait entre 15 et 20 tasses de thé.

De quoi coudre sept heures

Vous pouvez aussi repasser entre trois quarts d'heure et une heure et demie, suivant le genre de tissu et la position du régulateur. Ce qui vous donne largement le temps, si le téléphone sonne et que vous oubliez le fer sur la planche, de mettre le feu, à la maison. Pour un sou d'électricité, une bonne machine à coudre moyenne travaillera durant 7 heures, en continu: vous constaterez là que vous aurez de la peine à en faire autant, ce qui pourrait laisser supposer que vous n'avez même pas pour un sou d'énergie.

Enfin, le soir venu, vous pourrez vous éclairer 5 heures avec une lampe de 100 watts (à la cuisine, disent mes techniciens, mais je ne vous souhaite pas d'y demeurer si longtemps!) ou 8 h 30 avec un tube luminescent TL 40. Pour agrémenter vos travaux ménagers, votre radio alimentée par le secteur vous fournira de la musique et autres distractions durant 125 à 150 heures.

Monsieur, pour un sou aussi – et n'allez pas dire que vous êtes à un sou près – vous pourrez vous raser durant 50 heures, c'est-à-dire vaincre de 600 à 1000 barbes de virilité moyenne, ou somnoler devant votre chaîne Hi-Fi durant 5 heures, soit le temps de passer une douzaine de faces de disques de 30 cm.

Une source 300 fois plus coûteuse

Toujours pour ce même bon petit sou, vous pourrez regarder un match sans prolongation (1 h 30) sur un récepteur TV couleurs à lampes et grand écran, ou regarder un long-métrage (2 h 30) sur la TV noir-blanc. Un récepteur TV entièrement transistorisé permet de presque doubler le temps de vision.

Enfin les enfants consacreront leur sou d'énergie à écouter 45 disques 45 tours sur leur électrophone (30 heures environ).

Il existe une autre source d'énergie très utilisée: l'électricité en boîte. Ou plus précisement les piles. Les qualités sont très diverses, et leur durée dépend du mode d'emploi. En continu, leur vie est brève, par courtes périodes, la durée est plus importante.

En moyenne, on peut admettre que l'énergie d'une pile coûte environ 300 fois plus cher que celle fournie par la prise de courant.

Ce qui revient à dire que le prix du kilowatt/heure passe de 10 centimes à la prise à 30 francs pour la pile.

Comparons les temps d'utilisation: avec la valeur d'un sou d'énergie fournie par une pile, on peut porter à ébullition 10 centimètres cubes d'eau (8 dès à coudre), ou écouter une chaîne Hi-Fi pendant 5 minutes, ou regarder la TV couleur pendant 2 minutes. Ou encore écouter la radio durant 2 à 3 heures, mais pas trop fort!

Ces deux sources d'énergie ne sont pas rivales, mais complémentaires. L'usager conscient sait à laquelle des deux s'adresser, pour en tirer à la fois économie et confort. *J.-C. Mayer*

«Tribune de Genève», 14/15 décembre 1974